

07.05.2025

Kleine Anfrage 5580

des Abgeordneten Carlo Clemens AfD

Verteilung der Mittel für Städtebauförderung in NRW im Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse auch in strukturschwachen Regionen

Die Städtebauförderung ist seit Jahrzehnten ein zentrales Instrument der Landes- und Kommunalpolitik, um die Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und auf die Herausforderungen moderner Stadtentwicklung zu reagieren. Mit einem Gesamtvolumen von mehr als 350 Millionen Euro jährlich, finanziert aus Mitteln des Bundes und des Landes, werden zahlreiche Projekte unterstützt, die von der Gestaltung öffentlicher Räume über Maßnahmen des Denkmalschutzes bis hin zur Klimaanpassung reichen.

Angesichts von Herausforderungen wie den zunehmenden regionalen Disparitäten, dem industriellen Strukturwandel, der Schwächung der Handelsfunktion der Städte oder auch den Folgen des Klimawandels stehen sowohl die Kommunen als auch die Landesregierung vor der Aufgabe, die Ziele und Mittel der Städtebauförderung weiterzuentwickeln. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, wie die Fördermittel nicht nur effizient, sondern auch räumlich treffsicher und gerecht sowie langfristig wirksam und nachhaltig eingesetzt werden können, um regionale Unterschiede zu verringern. Die Ausrichtung der Fördermaßnahmen auf gezielte Investitionen in strukturschwache Regionen, auf soziale und ökologische Belange sowie die Wirksamkeit der Städtebauförderung sind regelmäßig zu prüfen.

Die Städtebauförderung in NRW schlägt sich im Haushaltsplan im Kapitel 08500 nieder. Hier sind für 2025 Ausgaben in Höhe von 365,1 Millionen Euro geplant. Davon entfallen 345,1 Millionen Euro auf die vom Bund kofinanzierte Städtebauförderung mit den Programmbereichen Lebendige Zentren, Sozialer Zusammenhalt und Wachstum und nachhaltige Erneuerung, die auf revolvierenden Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern basiert. Diese Mittel aus der Städtebauförderung werden auch für Denkmalschutzmaßnahmen eingesetzt. Die Denkmalschutzförderung bewahrt kulturelles Erbe, stärkt das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen und schafft einzigartige Standortattraktivitäten, womit insbesondere in strukturschwachen Regionen die raumbezogene Identität und die wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden.

Im Sinne von Effektivität, sozialer Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit der Fördermaßnahmen besteht Informationsbedarf im Hinblick auf die Kriterien und die Transparenz bei der Verteilung der Städtebaufördermittel sowie im Hinblick auf die gezielte Unterstützung strukturschwacher Regionen. Davon abgesehen wird Auskunft verlangt über die Höhe der tatsächlichen Ausgaben für den seit 2020 in die Städtebauförderung integrierten Denkmalschutz und die Anpassung der Städtebauförderung an die Herausforderungen des Klimawandels.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Nach welchen transparenten Kriterien wird entschieden, welche Kommunen in welchem Umfang jeweils Fördermittel im Rahmen der Städtebauförderung erhalten?
2. Werden gekennzeichnete „strukturschwache Regionen“ von Seiten der Landesregierung im Rahmen des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms (RWP) oder der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) identifiziert bzw. gibt es ein weiteres Klassifizierungssystem?
3. Inwiefern bzw. mit welchen konkreten Maßnahmen wird bei der Verteilung der Städtebaufördermittel ein besonderer Fokus auf strukturschwache Regionen gelegt, um regionale Disparitäten zu reduzieren?
4. Wie hoch waren die in NRW tatsächlich getätigten Ausgaben für Maßnahmen des Denkmalschutzes im Rahmen der Städtebauförderung in den Haushaltsjahren 2020 bis 2023 (gemeint sind nicht die Ausgaben aus dem fortwirkenden Verpflichtungsrahmen des im Jahr 2020 eingestellten Programms Städtebaulicher Denkmalschutz, sondern die Ausgaben innerhalb der allgemeinen Städtebauförderung, in die die Denkmalförderung seitdem integriert ist; bitte nach Regierungsbezirken sowie nach Bundes- und Landesanteil aufschlüsseln)?
5. Wie plant die Landesregierung, die Städtebauförderung an die Herausforderungen des Klimawandels anzupassen, insbesondere in Bezug auf Hochwasserschutz respektive hochwasserresistente Bauweisen?

Carlo Clemens